

seln und mehr Strom aus Wind und Sonne zu erzeugen, das gehört doch zu Berlin mit Zukunft dazu! Sie fassen Beschlüsse zur Rekommunalisierung und zur sogenannten Smart City und stellen das dann im Senat gegeneinander. Denken Sie die beiden Ansätze doch einmal zusammen, dann werden Sie sehen, dass daraus ein Schuh wird!

[Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Strom aus Wind und Sonne, aus Kraft-Wärme-Kopplung, kombiniert mit einem intelligenten Netz, das auch dezentrale Erzeugung gut bewältigt, Elektromobilität, Ladestationen an den Laternen, Mobilitätskarten, mit denen man U-Bahn fahren, aber bei Bedarf auch ein Fahrrad oder Elektroauto mieten kann usw., das ist doch die Zukunft der Städte und die Zukunft der Arbeitsplätze. Da wollen wir vorne mit dabei sein.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Es fehlt bloß der Treiber. Die Stromkonzerne machen diese Energie- und Verkehrswende nicht von allein, denn sie kleben natürlich an ihrer alten Struktur. Es ist doch der Sinn des Stadtwerks und auch eines kommunalen Stromnetzes, genau diese Investitionen in erneuerbare Energieerzeugung und Energieeffizienz zu ermöglichen. Doch dazu fehlt dem Stadtwerk das nötige Geld. Wir wollen deshalb – auch mit unserem Antrag, der auf dem Tisch liegt – dem Stadtwerk dieses Jahr 30 Millionen Euro Eigenkapital zuführen und diesen Weg in den nächsten fünf Jahren konsequent fortsetzen.

Und ich sage noch dazu – das wird der nächste Tagesordnungspunkt sein –: Auch eine solche Politik hin zu einer kommunalen Stromversorgung, die uns in moderne und ökologische Verhältnisse führt, wird nur sinnvoll sein, wenn Sie das Vergabeverfahren beim Stromnetz nicht in der gleichen Art und Weise in die Grütze fahren, wie Sie das beim Gas gemacht haben. Diese Gefahr sehen wir ganz stark, wenn wir nicht neu aufsetzen, sondern stattdessen in Verhandlungen gehen und dann mit irgendwelchen gemischten Gesellschaften zusammen, mit Vattenfall und anderen aus der Sache, wieder rauskommen. Dann wird aus dieser schönen Vision, die ich gerade versucht habe darzustellen, leider nichts.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und
den PIRATEN]

Vizepräsident Andreas Gram:

Vielen Dank, Kollege Esser! – Für die Fraktion der SPD spricht jetzt der Kollege Schneider. – Bitte sehr, Herr Kollege!

Torsten Schneider (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben jetzt einen Nachtragshaushalt zu diskutieren, und das ist eben ein bisschen der Unterschied. Es gibt in diesem Haus seit vielen Jahren die politische Festlegung, dass wir im System der Doppelhaushalte planen. Das sehen die Grünen anders. Das kann man auch anders sehen, aber wir haben uns darauf politisch so verständigt, und deshalb ist jetzt eben nicht die Debatte, große Blöcke zu bewegen. Das ist dem Herbst vorbehalten, und da werden wir auch noch trefflich miteinander diskutieren. Das ist hier ein bisschen vermengt worden.

Nein, verabredungsgemäß haben wir uns im Nachtragshaushalt auf technische Justierungen bei den europäischen Fördermitteln verständigt. Das ist auch nicht mehr im Streit, hat auch niemand adressiert. Das Hauptthema war deswegen auch nicht die Anpassung der Zinstitel oder der Steuertitel. Und da geht es auch wild durcheinander: Jede Fraktion der Opposition hat da eigene Schätzungen zur Grundlage ihrer Mehrausgaben gemacht.

[Udo Wolf (LINKE): Nehmen Sie den Mittelweg
zwischen den Oppositionsschätzungen! –
Weitere Zurufe]

Wir halten daran fest, dass der Steuerkreis, wie das bundesweit üblich ist, der Maßstab für die Steuerschätzung ist, und da gab es keine Justierungsveranlassungen. Deshalb sind wir dem auch nicht nahegetreten.

[Zuruf von Joachim Esser (GRÜNE)]

– Herr Esser! Ich wollte Ihnen gerade beispringen. – Der Hauptschwerpunkt der Debatte gestern war in der Tat die Forderung der Grünen, einen Antrag an die Europäische Kommission zur Subventionierung der Flughafengesellschaft vorzulegen. Dem konnte bisher nicht nachgekommen werden – so ist uns das mitgeteilt worden –, weil sich die Bundesregierung dazu aufgrund einer Vertraulichkeitsregelung nicht imstande sieht. Das sieht die SPD-Fraktion anders als die Bundesregierung. Und da hier dreistellige Millionenbeträge adressiert werden, liegt der Ball jetzt auch beim Bundesverkehrsminister. Man kann wohl kaum einem Landesparlament zumuten, solche Beträge zu bewegen, und sich gleichzeitig sozusagen verweigern, die entsprechenden Grundlagen dem Landesparlament zur Verfügung zu stellen. Da wird sich der Senat also nach wie vor bemühen. In diesem Punkt stimmen wir der legitimen Forderung der Grünen zu.

[Beifall von Heidi Kosche (GRÜNE)]

– Das ist ja sehr nett, dass Sie klatschen!

Im Übrigen ist gestern die Debatte naturgemäß um das SIWA gekreist, und deshalb will ich mich jetzt auch kurzfassen und darauf beschränken. Wir haben einige Änderungen vorgenommen. Das Politische ist ausgetragen, und es ist in der ersten Lesung und während der

Prozesse sogar öffentlich und medial diskutiert worden. Da habe ich auch den Ausführungen des Finanzsenators überhaupt nichts zuzufügen, der dies hier sehr trefflich dargestellt hat. Die Änderungen sind folgende: Wir haben klargestellt, dass etwaige Unterschreitungen der Ausgaben –nehmen wir irgendein Projekt x mit 10 Millionen Euro, und da werden nur 8 gebraucht – in das SIWA zurückfließen, wie umgekehrt das SIWA auch das Risiko für Überschreitungen trägt. Der verbliebene Rest kann also nicht, egal bei wem, zur Konsumierung übrigbleiben.

Zweiter Punkt, der wichtig war: Wir sind dem Senat in seinem Vorschlag gefolgt und ihm auch dankbar, weitere Auskehrungen an die Flughafengesellschaft von der Zustimmung des Hauptausschusses abhängig zu machen. Das haben wir bestätigt, indem wir auf die entsprechende Beschlussfassung des Senats abgehoben haben.

Dritter Punkt – das ist der wichtigste Punkt, weil wir den im Gesetz festgelegt haben und nicht in irgendeinem Auflagenbeschluss. Ich habe keinen Grund, aber weil ich es für möglich halte, will ich hier auch dem Willen des Gesetzgebers protokolliert Ausdruck verleihen, denn das ist ja eine Auslegungsmethode: Wir haben also im Gesetz festgelegt, dass die Landeshaushaltsordnung mit der Maßgabe gilt, dass eben der Beschleunigung der Maßnahmen Rechnung zu tragen ist. Im Satz 2 haben wir geschrieben, dass diese Maßgabe nicht für § 24 Absatz 5 gilt, das sind die Genehmigungen von Baukostensteigerungen. Das bedeutet umgekehrt, dass hinter dieser gesetzlichen Regelung jeder Auflagenbeschluss und selbstverständlich auch alle anderen Regelungen außer § 24 Absatz 5 zurücktreten. Das ist der Wille des Gesetzgebers, denn wir wollen, wie bei K II, schnell vorankommen.

[Steffen Zillich (LINKE): Hast du gehört, Kollege Goiny?]

– Da sind wir völlig einer Meinung, Herr Kollege!

[Steffen Zillich (LINKE): Ach so!]

Ich füge hinzu, dass wir im Hauptausschuss ein sehr dringendes Anliegen der Baukostenkontrolle haben. Das bringen wir an dieser Stelle in der Gesamtabwägung unter Druck. Ich räume das ein, aber so ist eine politische Entscheidung nun mal. Das SIWA soll beschleunigt vorstattengehen.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD und der CDU –
Steffen Zillich (LINKE): Der Senat hat dazu gestern etwas anderes gesagt!]

Wir haben aber auch zwei bemerkenswerte Vorgänge erlebt, die ich hier herausgreifen will. Das hat Kollege Esser hier noch einmal expressis verbis zu Protokoll gegeben. Zwei Fraktionen, Die Linke und die Grünen, haben tatsächlich den Antrag gestellt – zur Finanzierung sollen sie sich dann selbst verbreiten, die halte ich nicht für plausibel –, im Segment der Wohnungsbauförderung und im weiteren Umfeld einmal 100 und einmal

130 Millionen Euro zu bewegen. Das ist legitim. Ich will gar nicht bewerten, wie wir uns dazu in den regulären Haushaltsverhandlungen verhalten. Denn dass wir da Handlungsbedarf haben, dazu sehen wir in diesem Haus Konsens. Aber zugleich haben Sie ausdrücklich erklärt, dass Sie das für das Machbare halten. Und gefragt von unserer Fraktion, wie Sie denn das den Vorhabenträgern eines Volksbegehrens, die 3,3 Milliarden Euro bewegen wollen, erklären wollen, haben Sie ganz schnell das Schwimmen bekommen und wollten darauf gar nicht adressiert werden. Das ist nicht seriös. Sie müssen sich jetzt daran festhalten lassen, dass Sie meinen, der Landeshaushalt kann 100 Millionen leisten, nicht 3,3 Milliarden Euro.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Ich fand das bemerkenswert, weil Sie ja zu den Unterstützern dieses Begehrens zählen. Wir haben uns dazu überhaupt noch kein Bild gemacht. Wir haben uns dazu auch noch nicht erklärt. Aber bemerkenswert ist dieser Vorgang für sich genommen.

Einen zweiten Aspekt fand ich bemerkenswert, und das war ein Antrag der Grünen – ich habe gestern fairerweise schon angekündigt, dass wir darauf heute noch einmal zu sprechen kommen –, fünf, sechs oder sieben weitere Schulen durch das SIWA zu finanzieren. Warum ist das bemerkenswert? Wir finden das natürlich gut, dass Schulen saniert werden; das ist ja unser zentrales Anliegen. Aber keines dieser Projekte, die die grünen Finanzpolitiker aufgeschrieben haben, ist von einem Bezirk angemeldet worden. Das ist eine grüne Hybris, die an den tatsächlichen Verhältnissen vorbeigeht. So läuft das Geschäft natürlich nicht.

[Beifall bei der SPD und der CDU –
Uwe Doering (LINKE): Jetzt sind wir aber alle entsetzt!]

Herr Kollege Esser hat sich dann beeilt zu erklären, das seien zusätzliche Projekte. Nein! Auch das ist nicht der Fall, denn die Bezirke haben aufgrund ihrer Einschätzungsprärogative, ihrer fachlichen Verifizierung weit mehr Schulprojekte angemeldet, als tatsächlich im SIWA abgebildet werden konnten. Die würden Sie mit Ihrem „Überholen ohne einzuholen“ alle verdrängen. Sie müssten nochmal sehen, ob das so sauber ist.

[Zuruf von Joachim Esser (GRÜNE)]

– Herr Kollege Esser! Wir haben großes Vertrauen in die Einschätzungen der Bezirke. Deshalb war für die SPD-Fraktion immer Folgendes klar – diesen Grundsatz will ich hier vortragen –: Wir werden diese bezirklichen Einschätzungen nicht kraft finanzpolitischer Kompetenz überdeterminieren, sondern die SPD-Fraktion wird sich diesem Votum der Bezirke und dem vom Senat verifizierten Votum anschließen. Das ist die Botschaft, die wir hier absetzen. Es gab ein paar Ruckeleien. Das habe ich schon gehört. Es gab mal einen Bezirksamtsbeschluss, mal einen BVV-Beschluss. Dazu hat der Finanzsenator eine

klare Erwartungshaltung formuliert. Die kann ich nur unterstreichen. Ich möchte ungern Schiedsrichter in solchen fachpolitischen Entscheidungen sein. Wir wissen doch alle, dass nicht alles sofort geht.

Vizepräsident Andreas Gram:

Herr Kollege! Gestatten Sie zwei Zwischenfragen?

Torsten Schneider (SPD):

Ich gestatte weder eine noch zwei, weil ich alles gesagt habe, was zu sagen war.

Vizepräsident Andreas Gram:

Alles klar!

Torsten Schneider (SPD):

Ich komme zum Fazit: Es gibt in der Buchhaltungsebene, in politischen Detailfragen, in übergeordneten Fragen usw. verschiedene Meinungen, die wir im Herbst diskutieren. Aber es wird hinsichtlich dieser halben Milliarde Euro und der seriösen Haushaltsführung dieses Senats – unterstützt von den Fraktionen – Folgendes übrig bleiben: Sie haben viel geredet, aber wir haben gemacht. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Vizepräsident Andreas Gram:

Vielen Dank, Herr Kollege Schneider! – Für die Fraktion Die Linke hat jetzt das Wort die Kollegin Dr. Schmidt. – Bitte sehr!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Kollatz-Ahnen! Herr Schneider! Auf das Machen warte ich noch, und das tue nicht nur ich.

[Beifall bei der LINKEN –
Beifall von Heiko Herberg (PIRATEN)]

Natürlich sehen wir einige Dinge anders als Sie. Berlin hat in diesem Jahr finanzielle Spielräume wie schon seit vielen Jahren nicht mehr. Damit könnte man in der Stadt richtig Politik machen, Probleme anpacken, kontinuierlich investieren, marode Infrastruktur konsolidieren. Aber diese Koalition tut es nicht. Der Finanzsenator hat sich mit dem Nachtragshaushalt nicht ehrlich gemacht. Wie sein Vorgänger hat er Einnahmen versteckt, Ausgaben mal hochgerechnet und mal gelehnt. Es bleibt bei Trickserei und Zahlenvoodoo. Und die Koalition lässt das so laufen.

Wir reden hier heute von Mehreinnahmen und Minderausgaben in Höhe von 1 Milliarde Euro, von denen Sie

gerade einmal 300 Millionen Euro zugeben. Dazu kommt noch die halbe Milliarde Euro, mit der Sie das Sondervermögen SIWA finanzieren, von dem bis heute niemand weiß, wann und wie Sie es ausgeben. Was machen Sie aus diesem riesigen Handlungsspielraum? Sie erwecken unermüdlich den Eindruck, die Stadt gerade mit einem Füllhorn an Investitionen zu überschütten. Doch tatsächlich haben Sie bislang nichts dafür getan, dass diese Investitionen auch umgesetzt werden. Und Sie werden es auch nicht schaffen, denn Sie nutzen die Spielräume nicht, um in dringend notwendiges Personal zu investieren. Doch ohne Personal können Sie Ihre Investitionsversprechen nicht einlösen.

[Joschka Langenbrinck (SPD): Dummes Gerede!]

An den Finanzen liegt das nicht. Ich sehe da eher mangelnden Willen und Unvermögen in der Koalition.

[Beifall bei der LINKEN und den PIRATEN]

Warum bleibt der Senat bei den Steuermehreinnahmen bei seiner ausgesprochen konservativen Schätzung? Schon jetzt liegen die Einnahmen um 180 Millionen Euro höher als im März des letzten Jahres. Und Sie machen nichts daraus. Da traut sich der Bund mehr.

Weitere Mehreinnahmen in Höhe von 50 Millionen Euro ergeben sich aus der erhöhten Erstattung des Bundes für die Kosten der Unterkunft, festgeschrieben in Artikel 2 des Gesetzes zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen ab 2015, beschlossen im Dezember 2014, also noch mehr als zwei Monate vor Aufstellung des Nachtragshaushalts. Lesen Sie nach! Das ist richtig Geld für Berlin.

Noch einmal 50 Millionen Euro ergeben sich aus der Rückzahlung des Bundes für die Leistungen zur Bildung und Teilhabe aus dem Jahr 2012. Hierzu gibt es ein Gerichtsurteil des Bundessozialgerichts, wonach der Bund das Geld zurückzahlen hat.

Unterschlagen haben Sie uns auch mindestens 50 Millionen Euro Erstattungen der EU, die mit abgelaufenen Förderperioden zusammenhängen. Die Ist-Listen des laufenden Haushaltsjahres lassen sogar auf noch mehr hoffen.

Noch ein weiterer Punkt erhöht den Spielraum ganz wesentlich, nämlich die Minderausgaben für Zinsen. Auch von diesen 350 Millionen Euro ist in Ihrem Nachtragshaushalt nichts zu finden. Hier werden wieder Mehreinnahmen und Minderausgaben gebunkert und dem Parlament Handlungs- und Entscheidungsspielräume vorenthalten. Sie haben es vorhin so läppisch genannt, aber unsere entsprechenden Anträge haben Sie alle abgelehnt.

Richtig grotesk ist allerdings, dass Sie schon geleistete Mehrausgaben für den Flughafen wiederum nicht veranschlagt haben. Die 42 Millionen Euro standen in Rede. Aber den Antrag für eine weitere Finanzspritze in Höhe